



# **Bundestagswahl am 23.02.2025**

*Ein Infolyer der SPD Naumburg*

*Warum Sie auch  
in Naumburg  
SPD wählen sollten!*

*Das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl finden Sie im Internet unter <https://www.spd.de/bundestagswahl/programm>:*

**Mehr für Dich. Besser für Deutschland.**

# Was will die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – was wollen CDU, FDP und AFD NICHT.

## A: Soziale Gerechtigkeit

### 1. Vermögenssteuer/ Erbschaftssteuer

Fast 2/3 der Deutschen fordern – wie die SPD - die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für große Vermögen. In Deutschland ist die Arm-Reich-Schere besonders groß, die Vermögen der Superreichen sind in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen. Aktuell besitzen die 3.300 Superreichen fast 25 % des gesamten Vermögens in Deutschland.

**CDU/FDP/AFD sind strikt gegen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer!  
Ebenso stemmen sich diese Parteien gegen eine gerechtere Erbschaftssteuer!**

### 2. Mindestlohn

Fast 60% der Deutschen sind für einen Mindestlohn von 15,-€ wie von der SPD gefordert. Gerade CDU-Politiker stellen sich gerne zur Schau bei den Tafeln, bemängeln, dass sich Arbeit nicht lohnen würde, waren vor dessen Einführung aber **gegen** einen Mindestlohn, und sind jetzt gegen eine angemessene Erhöhung – sie haben nicht einmal für die Erhöhung auf 12,-€ gestimmt!

### 3. Kindergrundsicherung

75% der Eltern sind für die Einführung einer Kindergrundsicherung. **Die FDP hat eine Umsetzung verhindert, CDU und AFD sind gegen eine Kindergrundsicherung!**

### 4. Bürgerversicherung

Bei Umfragen finden fast 70% der Deutschen die Einführung einer Bürgerversicherung als „gut“ oder „sehr gut“. Bürgerversicherung heißt u.a., dass ausnahmslos alle Bürger unter Einbezug aller Einkunftsarten in die Kranken- und Rentenversicherung einzahlen. Renten wären besser gesichert, die Zwei-Klassen-Medizin in der aktuellen Form abgeschafft.

**Mit CDU, FDP und AFD ist dies nicht zu machen!**

### 5. Mehrwertsteuer

Die SPD will den ermäßigten Mehrwertsteuersatz um weitere 2%-Punkte reduzieren, um insbesondere Grundnahrungsmittel günstiger zu machen. Die CDU hat sich darüber lustig gemacht und will auch hier eher die besser Verdienenden entlasten!

## 6. Solidaritätszuschlag

Der wird heute nur ab einem sehr hohen Einkommen von Reichen und auch von Unternehmen gezahlt. Man könnte ihn abschaffen, müsste ihn aber dann in die Einkommensteuer einarbeiten. Die SPD will keine Entlastung der Superreichen, im Gegenteil: sie sollen endlich – nach Jahren der Entlastung - einen angemessenen Beitrag zu den Herausforderungen der Gegenwart leisten.

CDU, FDP und AFD wollen den Soli aber komplett ohne Kompensation abschaffen: die Reichen dieses Landes würden nochmals entlastet. Die fehlenden Einnahmen müssten die „kleinen Leute“ tragen!

## 7. Rente

Für stabile Renten setzt sich die SPD ein, die Rente nach 45 Beitragsjahren soll bleiben, das Rentenniveau **auch für die junge Generation** gesichert werden.

Außerdem wollen SPD, Grüne und Linke ALLE Erwerbstätigen (inkl. z.B. Politiker, Selbständige, Beamte) in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen – wie in Österreich!

Die CDU will die Rente nach 45 Beitragsjahren demgegenüber möglichst schnell abschaffen. Sie hofft auf eine Stabilisierung allein durch wirtschaftliches Wachstum. Das ist eine Rentenkürzung durch Unterlassen!

## B: Klimapolitik

### 1. Atomkraft

Die Mehrheit der Deutschen lehnt den Wiedereinstieg in die Atomkraft ab.

CDU, FDP und AFD sehen das anders, obwohl neue Atomkraftwerke – das zeigen die Erfahrungen in anderen Ländern - mehr als 10 Jahre Bauzeit benötigen, wahnsinnig teuer sind und die Endlagerung immer noch nicht gesichert ist = es wäre ein wirtschaftliches und ökologisches Desaster!

### 2. Tempo-Limit

Nur in Deutschland gibt es kein Tempolimit auf Autobahnen. Dabei wäre das die Möglichkeit, ohne Mehrkosten CO<sup>2</sup> einzusparen, und nebenbei noch Unfälle und Todesopfer zu verhindern. Das sieht auch die Mehrheit der Deutschen so.

**Nicht aber CDU, FDP und AFD!**

### 3. Klimawandel

Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger macht sich Sorgen aufgrund des Klimawandels und auch der damit verbundenen soziale Auswirkungen!

CDU und FDP wirken zaghaft in ihren Stellungnahmen. Auch zu Fragen des sozialen Ausgleichs (z.B. Klimageld) gibt es keine Antworten.

**Die AFD leugnet eh alles, was mit dem Klimawandel zu tun hat.**

## C: Wirtschaftspolitik

Die SPD will eine aktive Wirtschaftspolitik wie in anderen Ländern bereits praktiziert: z.B. mit einem Made-in Germany-Bonus für Investitionen in Deutschland. Mit einem Deutschlandfond soll massiv in die Erneuerung unseres Landes investiert werden. CDU, FDP und AfD setzen auf das alte Modell von milliardenschweren Steuersenkungen nach dem Gießkannenprinzip auch für die internationalen Großkonzerne. An der Schuldenbremse soll festgehalten werden. Wie das finanziert werden soll und wie die Infrastruktur fit gemacht werden soll, wird den Bürgerinnen und Bürgern nicht gesagt!

## D: Wohnen

CDU/FDP haben den sozialen Wohnungsbau durch Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit 1989 quasi fast abgeschafft – mit fatalen Folgen für die Miethöhen, aber mit hohen Renditen für die Wohnungsbaukonzerne. In der vergangenen Legislaturperiode hat die SPD eine neue Wohngemeinnützigkeit auf den Weg gebracht.

Die SPD will die Mietpreisbremse erhalten und den Sozialen Wohnungsbau wieder stärken – so wie es die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will!

Die CDU hat eine vage Haltung zum sozialen Wohnungsbau, FDP und AfD sind gegen den sozialen Wohnungsbau!

## E: Sonstiges

### 1. Wahlrecht

Endlich wurde es umgesetzt: mit dem neuen Wahlrecht wird der Bundestag kleiner. Die CDU/CSU fühlt sich benachteiligt und will die Reform wieder kippen.

### 2. Schwangerschaftsabbruch

SPD, Grüne und Linke fordern eine Reform des § 218 und eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in den ersten 12 Wochen.

CDU und AfD lehnen eine Reform ab, obwohl 75% der Bürgerinnen und Bürger eine Legalisierung befürworten!

**Fazit:** Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich andere Lösungen und Ansätze als sie CDU, FDP und AfD fordern.

Vielmehr fokussieren sich diese Parteien auf eine „Sündenbockpolitik“: Flüchtlinge und Bürgergeldempfänger werden gegen Geringverdiener und die gesellschaftliche Mitte ausgespielt!